



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	22, 33, 34
Haftung des Steuerberaters	23
– Belehrungspflichten	
– unentgeltliches Wohnrecht der Eltern (OLG Oldenburg Ur.t.v. 4.11.1988 – 6 U 154/88)	
Haftung des Steuerberaters	25
– Verantwortungsbereich	
– eigene Sachkunde des Mandanten (LG Detmold Ur.t.v. 12.12.1987 – 1 O 268/87)	
Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 51a WPO	28
– Verlust der Abschreibungsmöglichkeit gemäß § 7 b EStG	
– Verletzung der Belehrungspflicht (LG Kiel Ur.t.v. 24.10.1988 – 11 O 302/88)	
Haftung des Steuerberaters	30
– Darlegungslast bei Buchführungsfehler	
– Anmerkung (LG Wuppertal Ur.t.v. 9.2.1988 – 5 O 352/87)	
GI Hinweis	34

GI Leitsätze

Beschränkung der Befugnis zur Abschlußprüfung, Befangenheit, § 319 HGB

Eine Abschlußprüfungsgesellschaft kann nicht allein deshalb wegen Besorgnis der Befangenheit abberufen werden, weil sie fortlaufend die zu prüfende Gesellschaft steuerlich und wirtschaftsrechtlich beraten und außerdem die zu prüfende Gesellschaft einem Vorstandsmitglied der Prüfungsgesellschaft in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt Mandate erteilt hat.

(BayObLG Beschl. v. 17.9.1987 – BReg. 3 Z 76/87, AG 1988, 18)

Zustellung, Steuerbescheid und Einspruchsentscheidung

Eine Finanzbehörde muß Steuerbescheide und Einspruchsentscheidungen beim Fehlen einer schriftlichen Vollmacht für einen Bevollmächtigten dem Steuerpflichtigen persönlich bekanntgeben (zustellen), wenn nicht die besonderen Umstände des Einzelfalles das Interesse des Steuerpflichtigen an einer Bekanntgabe (Zustellung) gegenüber seinem Bevollmächtigten eindeutig erkennen lassen.

Die Verweisung des § 122 Abs. 5 S. 2 AO 1977 auf das VwZG ist eine abschließende Regelung, die den § 80 Abs. 3 S. 3 AO 1977 nicht einbezieht.

(BFH Urt. v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83 – STEUER-TELEX 0824 = LEXinform 0081194)

Empfangsvollmacht für Steuerberater

Nach Nr. 1 des Anwendungserlasses zu § 80 AO (BStBl. 1987 I, 686) wird bei Angehörigen der steuerberatenden Berufe, die für den Steuerpflichtigen handeln, die ordnungsmäßige Bevollmächtigung vermutet. Sie brauchen deshalb dem Finanzamt in aller Regel keine Vollmacht vorzulegen.

Festlegungsbedürftig ist jedoch der Umfang der Vollmacht zum Empfang von Verwaltungsakten und Mitteilungen des Finanzamtes im Steuerfestsetzungs- und Erhebungsverfahren (Empfangsvollmacht). Die Empfangsvollmacht bestimmt, welche Schriftstücke dem Bevollmächtigten unmittelbar übermittelt werden. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Angehörigen der steuerberatenden Berufe und der Finanzbehörden, die Empfangsvollmacht eindeutig zu regeln und dem Finanzamt anzuzeigen.

Zu diesem Zweck wurde ein Vordruck „Vollmacht“ entwickelt, der in NRW landesweit aufgelegt und den Angehörigen der steuerberatenden Berufe empfohlen wurde.

(Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988 – S 0202 -4-VC – STEUER-TELEX-Kennziffer 1042)

Sorgfaltspflichten des Steuerberaters, grobes Verschulden i. S. § 173 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO

Bei erstmaliger Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG für einen neu gegründeten Gewerbebetrieb hat der Steuerberater die von einem qualifizierten Mitarbeiter vorgelegten Arbeitsergebnisse durch eine überschlägige Abstimmung der Summen- und Saldenliste mit der Gewinnermittlung und eine Plausibilitätsprüfung hinsichtlich der Vollständigkeit und inneren Übereinstimmung der einzelnen Posten zu überprüfen und nachzuvollziehen.

Die Kontroll- und Überwachungspflicht beinhaltet allerdings – wenn es sich um einen bewährten und für die übertragene Aufgabe qualifizierten Mitarbeiter handelt – keine Verpflichtung, dessen Arbeitsergebnis in allen Einzelheiten zu überprüfen und nachzuvollziehen. Ob eine überschlägige oder ob eine stichprobenweise Überprüfung ausreicht, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab.

(BFH Urt. v. 26.8.1987 – I R 144/86, BStBl 88 II, 109)

Haftung des Steuerberaters

- Belehrungspflichten
 - unentgeltliches Wohnrecht der Eltern
- (OLG Oldenburg Urt.v. 4.11.1988 – 6 U 154/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, den Mandanten nach Änderung der Steuerrichtlinien von sich aus darauf hinzuweisen, das unentgeltliche Wohnrecht für die Mutter in ein Mietverhältnis umzuwandeln.
2. Der Steuerberater darf nicht Hinweise und Anregungen geben, die ihm als Hilfestellung zu gesetzeswidrigen Praktiken angekreidet werden könnten.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist sachlich nicht gerechtfertigt. Das Landgericht hat zutreffend angenommen, daß der Beklagte bei der steuerlichen Beratung des Klägers und seiner Mutter, um deren steuerliche Interessen es gleichzeitig ging, von dem Sachverhalt ausgehen mußte, der ihm unterbreitet worden war bzw. wie er sich ihm darstellte. Worauf der Kläger und seine Mutter vorrangig Wert legten, ergab das Auftragsschreiben des Notars B. vom 23.11.1983, in welchem der Beklagte darauf hingewiesen wurde, daß unbedingt auch die Möglichkeit der 7b-Abschreibung für O. gesichert sein müsse, und zwar auch im Hinblick auf das einzutragende Altenteilsrecht für seine Mutter. Wie das Auskunftsschreiben des Beklagten an den Notar B. vom 5.12.1983 und der demgemäß formulierte Übertragungsvertrag zeigen, hat der Beklagte dem Kläger durchaus hilfreiche steuerliche Auskünfte gegeben, die es dem Kläger ermöglichten, für die gesamten Erstehungskosten des Zweifamilienhauses einschließlich der in ein unbefristetes Darlehen der Mutter umgewandelten Restschuld die 7b-Abschreibung in Anspruch zu nehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß **die beabsichtigte und demgemäß getroffene Vereinbarung eines unentgeltlichen Wohnungsrechts für die Mutter des Klägers nicht etwa vom Beklagten vorgeschlagen, sondern als von den Vertragsschließenden gewollt bei dem Prüfungsauftrag des Beklagten vorgegeben war**, so daß dieser überhaupt nicht von sich aus auf den Gedanken kommen mußte, daß etwas anderes als ein unentgeltliches Wohnungsrecht zwischen den Vertragsschließenden diskutabel sein könnte. **Im übrigen ist die Einräumung eines unentgeltlichen Wohnungsrechts ohnehin eher die Regel bei derartigen bzw. vergleichbaren Verträgen zwischen Eltern und Kindern.**

Mit seiner steuerlichen Beratung gemäß Schreiben v. 5.12.1983 hatte der Beklagte zunächst einmal seine ihm gemäß Beratungsauftrag und nach § 33 Steuerberatungsgesetz obliegende Pflicht vollauf erfüllt.

Aber auch bei seiner nachfolgenden Tätigkeit für den Kläger hat der Beklagte jedenfalls nicht schuldhaft Beratungs- und Hinweispflichten verletzt. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die vom Kläger unter Mithilfe des Beklagten für das Jahr 1984 **angestrebte Abschreibung der Werbungskosten für das gesamte Gebäude nach den zwischenzeitlich ergangenen Steuerrichtlinien nur durch nachträgliche Änderung des Altenteilsrechts der Mutter in ein Mietverhältnis** zu erreichen und dem Beklagten diese Rechtslage im Zeitpunkt der Erstellung der Steuererklärung auch bekannt war, bestand für ihn keine Pflicht, den Kläger unaufgefordert darauf hinzuweisen, daß das zwischen ihm und seiner Mutter vereinbarte unentgeltliche Wohnungsrecht in ein entgeltliches umgewandelt werden müsse, damit Werbungskosten für das gesamte Objekt in Anspruch genommen werden könnten. Der Beklagte hatte ohne einen ausdrücklichen Hinweis des Klägers oder seiner Mutter **nicht den geringsten Anlaß anzunehmen, daß der Kläger und insbesondere seine Mutter eine solche Vertragsumwandlung wünschten und dazu bereit sein würden.** Solange eine solche ernstlich und vor allem auch redlich gemeinte Absicht daher von keiner Seite an den Beklagten herangetragen wurde, mußte dieser – selbst wenn er an eine solche Möglichkeit der Vertragsgestaltung gedacht hätte – **sich als Steuerberater vor Hinweisen bzw. Anregungen hüten, die ihm womöglich als Hilfestellung zu gesetzeswidrigen Praktiken angekreidet werden konnten.** Im übrigen gereicht es dem Beklagten aber schon **nicht zum Verschulden**, wenn er allein wegen einer inzwischen eingetretenen Veränderung im Steuerrecht bzw. in der Steuerpraxis nicht auf den Gedanken kam, daß dieses für den Kläger und seine Mutter aktuell sein könne.

An dieser Beurteilung ändert es auch nichts, wenn man die Behauptung des Klägers als wahr unterstellt, daß seine Mutter unmittelbar nach Vertragsschluß telefonisch beim Beklagten angefragt, ob sie dem Kläger für das Wohnen etwas zahlen dürfe. Eine solche Anfrage mußte den Beklagten durchaus nicht auf den Gedanken kommen lassen, daß die Mutter des Klägers etwa vorhabe, ihr bisheriges unentgeltliches Wohnrecht, das auf ihr Betreiben jederzeit auch durch Eintragung in das Grundbuch dinglich abgesichert werden konnte, durch Änderung der getroffenen Vereinbarung mit fortan bindender Wirkung für sie in ein entgeltliches umzuwandeln. Ebenso gut konnte eine solche Fragestellung der Mutter des Klägers aus der Sicht des Beklagten den Sinn haben, daß sie nur wissen wollte, ob eine solche freigiebige Zuwendung ihre bisherigen

vertraglichen Rechte irgendwie beeinträchtigen konnten. Unter diesen Umständen bestand für den Senat nicht der geringste Anlaß, die Mutter des Klägers zu dieser Behauptung zu vernehmen.

Da sich nach alledem schon nicht feststellen läßt, daß der Beklagte seine Steuerberaterpflichten gegenüber dem Kläger verletzt hat, kann auf sich beruhen, ob dem Kläger eine Änderung des bisher unentgeltlichen Wohnungsrechts in ein entgeltliches von der Steuerbehörde überhaupt abgenommen worden wäre und wenn ja, ob er und seine Mutter, um deren steuerlichen Belange es ebenfalls ging, sich unter Berücksichtigung aller steuerlich relevanten Umstände dadurch wirklich bessergestellt hätten, als sie nach der alten Regelung stehen.

Haftung des Steuerberaters

- Verantwortungsbereich
 - eigene Sachkunde des Mandanten
- (LG Detmold Urt.v.11.12.1987 – I O 268/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Ist der Steuerberater zur umfassenden Beratung des Mandanten verpflichtet, so beinhaltet dies nicht die Pflicht zur Beratung in allgemeinen Rechtsfragen. Diese muß der Mandant in eigener Verantwortung oder nach Befragung von Rechtsanwälten entscheiden.
2. Ein erfahrener Geschäftsmann kann den Inhalt eines Aufrechnungsverbots im Mietvertrag und die Folgen einer zurückbehaltenen Miete selbst beurteilen.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist nicht verpflichtet, dem Kläger die Verfahrenskosten des Räumungsprozesses und die Schäden aus der fristlosen Kündigung des Ladenlokals zu ersetzen. Die Ratschläge des Beklagten können für die Entscheidungen des Klägers nicht verantwortlich gemacht werden. Die Konsequenzen muß der Kläger selbst tragen.

Es kann dem Beklagten schon nicht angelastet werden, daß es überhaupt zur fristlosen Kündigung gekommen ist.

Der Beklagte war der **Steuer- und Wirtschaftsberater** des Klägers. In **seinen Aufgabenbereich fielen damit insbesondere die Bearbeitung jeglicher Steuerangelegenheiten, Vermögensdispositionen und Rentabilitätsüberlegungen**. Eine juristische Beratung sollte der Beklagte nicht durchführen. Selbst nach dem Vortrag des Klägers hatte er sich auch nicht angemaßt, juristische Fragen in eigener Sache kompetent zu entscheiden.

Eine Falschberatung in steuerlichen Angelegenheiten behauptet nicht einmal der Kläger selbst. Bezüglich der seit Oktober 1980 zusätzlich gezahlten Mehrwertsteuer hatte der Beklagte herausgefunden, daß Erstattungsansprüche des Klägers bestanden. Diese Beratung war korrekt. Der Kläger konnte die überzahlte Mehrwertsteuer nach § 812 BGB zurückverlangen.

Der Kläger verrechnete aber die Rückerstattungsansprüche mit den laufenden Mieten. Diese Entscheidung – mag sie auch vom Beklagten gesteuert worden sein – traf der Kläger. Der Kläger selbst war davon überzeugt, daß der Vermieter keinen Anspruch auf den laufenden Mietzins hatte, und daß die Einbehaltung zusätzlich einen günstigen Spielraum für spätere Verhandlungen schuf.

Die Haftung des Beklagten kann in diesem Zusammenhang nicht damit begründet werden, dieser habe den Kläger falsch beraten, indem er **das Aufrechnungsverbot des Mietvertrages übersehen und dadurch die Gefahr einer fristlosen Kündigung provoziert habe**. Schadenersatzansprüche des Klägers können nur aus einer vertraglichen Pflichtverletzung des Beklagten hergeleitet werden. **Der Beratervertrag verpflichtete den Beklagten aber nur, in steuerlicher und wirtschaftlicher Hinsicht tätig zu werden**. Für juristische Beratungen war der Beklagte nicht kompetent. Rechtsfragen mußte der Kläger entweder in eigener Verantwortung oder nach der Befragung von Rechtsanwälten entscheiden. Dies galt auch für die Frage, in welcher Form die Rückerstattungsansprüche am zweckmäßigsten durchgesetzt werden konnten. Es handelte sich um eine rein juristische Problematik. Möglichkeiten und Risiken konnten nur von einem Rechtsanwalt mit Gewähr und den sich daraus ergebenden Haftungskonsequenzen beantwortet werden. Der Beklagte konnte für entsprechende Ratschläge nicht verantwortlich gemacht werden. Auf dessen Ratschlag durfte sich der Kläger nicht allein verlassen.

Mit Schreiben v. 28.4.1984 hatte der Vermieter ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im Mietvertrag ein weitgehendes Aufrechnungsverbot enthalten war. Spätestens auf diese Mitteilung hin hätten dem Kläger Zweifel kommen müssen, ob die angenommene Aufrechnungsmöglichkeit tatsächlich gegeben war. In dieser Situation durfte sich der Kläger

nicht mit dem Rat des Beklagten begnügen. Blieben ihm Zweifel an der Zulässigkeit einer Aufrechnung, hätte er den Rat eines Anwalts suchen müssen.

Der Kläger **hat nicht dargetan, daß der Beklagte auch in juristischen Fragen eine besondere Sachkompetenz für sich in Anspruch genommen und damit besonders Vertrauen beansprucht hätte.** Der Kläger trägt hierzu vor, der Beklagte habe ihm – dem Kläger – auch nach Eingang des Schreibens v. 28. 4. 1984 „nach wie vor und ausdrücklich geraten, die demnächst fälligen Mieten einzubehalten“. Er habe ihm gegenüber erklärt, „bei Nichtzahlung der demnächst fälligen Mieten könne ihm überhaupt nichts passieren“.

Selbst wenn der Beklagte seine Rechtsmeinung mit diesen Worten bekräftigt hat, konnte der Kläger daraus nicht entnehmen, daß die Rechtsfrage von dem Beklagten abschließend geprüft war. Der Kläger selbst trägt nicht vor, daß sich der Beklagte in dieser Hinsicht geäußert hätte. Auch ist nicht dargetan, daß der Beklagte zur Beruhigung des Klägers deutlich gemacht hätte, er besitze genug Erfahrung in rechtlichen Dingen, um die Möglichkeit einer Aufrechnung und die evtl. Gefahren richtig abschätzen zu können. Diesen Eindruck konnte der Kläger auch nicht aus dem vom Beklagten diktierten Schreiben v. 30. 4. 1984 entnehmen. In diesem Schreiben wird die erklärte Aufrechnung lediglich damit begründet, daß dadurch eine gerichtliche Auseinandersetzung vermieden werden sollte. Diese Aussage war erkennbar nur von wirtschaftlichen Überlegungen getragen. Mit den juristischen Bedenken an der Möglichkeit einer Aufrechnung setzte sie sich überhaupt nicht auseinander.

Auch die Ausführungen im nicht nachgelassenen Schriftsatz des Klägers v. 8. 12. 1987 können eine Haftung des Beklagten nicht begründen. Selbst wenn der Beklagte erklärt hat, daß neuerliche Fragen im Vordergrund stünden, von denen Rechtsanwälte nichts verstünden, konnte der Kläger daraus entnehmen, daß die juristische Problematik gerade nicht geprüft war.

Schließlich ist die Kammer der Überzeugung, daß **der Kläger die Problematik selbst erfassen konnte** und auch selbst erfaßt hat. Der Kläger ist ein erfahrener Kaufmann. Er hatte früher zahlreiche angemietete Geschäftslokale geführt. Er **war deshalb in der Lage, selbst die Zulässigkeit eines Aufrechnungsverbots und die Folgen einer zurückbehaltenen Miete zu beurteilen.**

Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 51 a WPO

- Verlust der Abschreibungsmöglichkeit
gemäß § 7 b EStG
- Verletzung der Belehrungspflicht
(LG Kiel Urt. v. 24.10.1988 – 11 O 302/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Schadenersatzansprüche gegen „Nur-Wirtschaftsprüfer“ wegen fehlerhafter Steuerberatung verjähren gemäß § 51 a WPO in 5 Jahren nach Entstehung des Schadens.
2. Der Schaden wegen des Verlustes der Abschreibungsmöglichkeit gemäß § 7 b EStG entsteht mit erstmaliger Inanspruchnahme der 7 b-AfA. Es ist gleichgültig, wenn in diesem Zeitpunkt die Höhe des zu erwartenden Schadens – im Falle eines erneuten Hauskaufs – nicht erkennbar ist.
3. Eine schuldhafte Verletzung der Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten setzt voraus, daß der Wirtschaftsprüfer die Beratungsfehler erkannte oder erkennen mußte. Der Anspruchsteller ist insoweit beweispflichtig.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin erbte im Februar 1975 von ihrem verstorbenen Ehemann das in dessen Alleineigentum befindliche Haus in B. Für dieses Haus bestand zum damaligen Zeitpunkt noch für drei Jahre die Abschreibungsmöglichkeit nach § 7 b EStG. Die Klägerin suchte den Beklagten zum Zwecke steuerlicher Beratung auf. Der Beklagte erstellte für die Klägerin die Steuererklärung für das Jahr 1976. Er führte die 7 b-Abschreibung für das Haus in B. fort. Die Klägerin wurde von ihm nicht darauf hingewiesen, daß sie auf die Inanspruchnahme der Abschreibung nach § 7 b verzichten könne, um im Falle eines neuen Grundstückserwerbs sich die steuerliche Absetzbarkeit zu erhalten.

Im Jahr 1984 erwarb die Klägerin das Haus M.-straße in K. Das Finanzamt lehnte den Antrag der Klägerin, die erhöhten Absetzungen gemäß § 7 b EStG für eine Eigentumswohnung des Hauses anzuerkennen, ab, da die Klägerin die erhöhten Abschreibungen bereits für das Grundstück in B. in Anspruch genommen habe (Bl. 6 d. A.).

Die Klägerin ist der Ansicht, daß der Beklagte sich durch die unterlassene Belehrung über die Möglichkeit, auf die erhöhten Abschreibungen für das Haus in B. zu verzichten, schadenersatzpflichtig gemacht habe. Sie behauptet, ihr werde in der Zeit von 1984 bis 1991 ein Schaden in Höhe von 33.902,- DM entstehen.

Aus den Gründen:

Die Klage auf eine schuldhaft Verletzung des zwischen den Parteien damals bestehenden Steuerberatungsvertrages (Geschäftsbesorgungsvertrages) ist nicht begründet. Die Klage ist abzuweisen, weil der Anspruch verjährt ist.

Für den Beklagten, der „Nur-Wirtschaftsprüfer“ ist, gilt gemäß § 51a WPO, wenn Schadenersatzansprüche aus fehlerhafter Steuerberatung gegen ihn geltend gemacht werden, eine fünfjährige Verjährungsfrist. Die Frist beginnt mit der Entstehung des Schadens. Entgegen der Ansicht der Klägerin entstand der Vermögensnachteil für sie nicht erst, als sie im Jahre 1984 das Haus M.-straße erwarb und das Finanzamt ihren Antrag, die erhöhten Absetzungen nach § 7b EStG in Anspruch zu nehmen, abschlägig beschied, sondern bereits im Jahre 1977, als sie der Absetzbarkeit eines neu zu erwerbenden Objektes durch die Weiterführung der vom Erblasser begonnenen Abschreibung verlustig ging. Bereits damals trat ein Vermögensnachteil für sie ein, da sie um die Abschreibungsmöglichkeit „ärmer“ geworden war. Zwar ließ sich noch nicht übersehen, ob überhaupt und dann in welcher Höhe sich der bereits eingetretene Vermögensnachteil – im Falle eines erneuten Hauserwerbs – auswirken würde. **Es war aber mehr entstanden als eine „risikobehaftete“ Situation** (vgl. BGH in NJW 1987, 1887), sondern eine bereits eingetretene Verschlechterung der Vermögenslage mit der nicht entferntliegenden Möglichkeit des Auftretens zu erwartender Folgen des zum Schadenersatz verpflichtenden Verhaltens. Kann mit derartigen Spätfolgen gerechnet werden, ist zur Unterbrechung der Verjährung, die mit dem früheren Schadeneintritt begonnen hat, die Erhebung einer Feststellungsklage erforderlich (BGH a.a.O.).

Die Klage ist auch nicht als sogenannter „sekundärer Schadenersatzanspruch“ begründet. Es mag dahinstehen, ob ein Wirtschaftsprüfer in gleicher Weise wie ein Rechtsanwalt verpflichtet ist, seinen Mandanten auf die Möglichkeit seiner eigenen Haftung hinzuweisen und ihn über die hierfür geltenden Verjährungsvorschriften zu belehren mit der Folge, daß der so entstandene Schadenersatzanspruch der Verjährungseinrede als Replik entgegengehalten werden kann.

Ein schuldhafter Verstoß gegen die Belehrungspflicht setzt jedenfalls voraus, daß der Beklagte **die Möglichkeit der Entstehung von Schadenersatzansprüchen gegen ihn erkannte oder erkennen mußte**. Für den Beklagten war jedoch nicht erkennbar, daß die Klägerin von der Weiterführung der Abschreibung, die ihr einen sofortigen und unmittelbaren Vermögensvorteil brachte, unter Umständen abgerückt wäre, um sich eine Option für die Zukunft zu erhalten, so daß er einen Beratungsfehler begangen habe. Es mag sein, daß der Beklagte im Rahmen des gegen ihn gerichteten primären Schadenersatzanspruches beweispflichtig dafür ist, daß die Klägerin auf die Weiterführung der Abschreibung nicht verzichtet hätte. Hier aber geht es darum, ob der Beklagte möglicherweise gegen ihn im Raum stehende Ansprüche erkannte oder erkennen mußte und gehalten war, die Klägerin auf die laufende Verjährung solcher Ansprüche hinzuweisen. Für die Voraussetzungen eines solchen Anspruches ist die Klägerin im vollen Umfange **beweispflichtig**, also dafür, daß der Beklagte die Weiterführung der Abschreibung nicht als im wohlverstandenen Interesse der Klägerin verstehen dürfte.

Haftung des Steuerberaters

- Darlegungslast bei Buchführungsfehler
- Anmerkung

(LG Wuppertal Urt.v. 9.2.1988 – 5 O 352/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Mandant muß zur Darlegung eines im System begründeten Buchführungsfehlers exemplarisch einige Fehlbuchungen von Rechnungen benennen. Er muß z. B. darlegen, aus welchen Gründen dem Steuerberater erkennbar war, daß die zur Verbuchung vorgelegten Rechnungen auch vom Auftraggeber des Mandanten beigestelltes Material enthielten, so daß nicht der volle Rechnungsbetrag als Einnahme zu verbuchen gewesen wäre.
2. Zur Darlegung eines Buchführungsfehlers genügt es nicht, einen Ordner mit den gesamten Rechnungsunterlagen zu übergeben.

Zum Sachverhalt:

Der Mandant behauptet, der vom Steuerberater ermittelte Gewinn in Höhe von DM 60.594,97 sei zu hoch, vielmehr betrage der tatsächliche erwirtschaftete Gewinn lediglich DM 43.928,46. Zu der erhöhten Gewinnermittlung sei es gekommen, weil der Steuerberater übersehen habe, daß die Auftraggeber des Mandanten in verschiedenen Fällen Material bei der Durchführung von Bauvorhaben zur Verfügung gestellt hätten. Mit diesen Auftraggebern habe er vereinbart, daß er lediglich die reine Arbeitsleistung erbringen werde. In den vom Mandanten dann erteilten Rechnungen sei das zur Verfügung gestellte Arbeitsmaterial im Rechnungsbetrag mitenthalten gewesen. Die Kosten für dieses beige-stellte Material habe der Mandant seinen Auftraggebern dann wieder ersetzt.

Zur Darlegung dieser behaupteten falschen Gewinnermittlung legte der Mandant einen Aktenordner vor, in dem sich die gesamten Buchhaltungs-unterlagen für 1983 befinden sollten.

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet. Der Kläger kann aus keinerlei rechtlichem Gesichtspunkt vom Beklagten die Zahlung von Schadenersatz wegen schuldhafter Pflichtverletzung eines Steuerberatervertrages verlangen.

Der aus abgetretenem Recht vorgehende Kläger ist für das Vorliegen einer schuldhaften Pflichtverletzung des zwischen dem Zedenten VW. und dem Beklagten ehemals bestandenen Steuerberatervertrages dar-legungs- und beweispflichtig. Er ist insbesondere verpflichtet, substantiiert darzulegen, worin die schuldhafte Pflichtverletzung des Beklagten liegen soll. Dieser Verpflichtung ist der Kläger nicht nachgekommen.

Allerdings sind nach der hier vergleichsweise heranziehbaren Recht-sprechung des BGH zur fehlerhaften Buchführung eines Steuerbersaters an die **Substantiierungslast** dessen, der Schadenersatz von einem Steuer-berater wegen fehlerhafter Buchführung fordert, keine überhöhten Anforderungen zu stellen. Dies gilt insbesondere dafür, daß vom Kläger nicht verlangt werden kann, im einzelnen darlegen zu müssen, welche Buchführungen auf welche Weise zu Differenzen geführt haben. Vielmehr genügt für eine angemessene Verteidigungsmöglichkeit des Beklagten, **daß der Kläger jedenfalls bei schon im System begründeten Buchführungs- Fehlern exemplarisch das Fehlverhalten des Beklagten vorführt** (vgl. BGH WM 1986, 261, 262 = GI 1986, 27 EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 Gräfe).

Aber selbst unter Beachtung dieser Grundsätze ist der Kläger seiner Substantiierungslast nicht nachgekommen. Der Kläger hat dem Gericht lediglich einen Ordner mit den gesamten Buchführungsunterlagen des Zedenten W. für das Kalenderjahr 1983 überreicht. Allein aus diesen Unterlagen ist weder für den Beklagten noch für die Kammer ersichtlich, bei welchen Rechnungen der Beklagte die beigestellten Materialien der Auftraggeber von den Erlösen hätte absetzen müssen. Der Kläger hätte zumindest exemplarisch einige der beanstandeten Rechnungsfehlbuchungen benennen und darlegen müssen, wie anhand dieser Rechnungen für den Beklagten eine andere Form der Gewinnermittlung erkennbar gewesen sein soll. Wenigstens aber hätte es eines Tatsachenvortrags dafür bedurft, anhand welcher Kriterien der Beklagte feststellen konnte, welche der ihm vorgelegten Rechnungen beigestelltes Material der Auftraggeber enthielten. Dies gilt umso mehr, weil – wie der Kläger selbst vorträgt – nur in verschiedenen Fällen von den Auftraggebern das Material zur Verfügung gestellt worden ist und deshalb nicht alle Rechnungen vom Beklagten gleichbehandelt werden konnten.

Darüber hinaus hat der Kläger nicht einmal vorgetragen, daß der Zedent W. vor Erstellung der Gewinnermittlung auf die vom Kläger behaupteten Rechnungsbesonderheiten hingewiesen worden war. Es sind keine Tatsachen ersichtlich, warum die Rechnungen unterschiedlich zu behandeln waren. Dies ergibt sich weder aus den vorgelegten Buchführungsunterlagen, noch aus anderen Anhaltspunkten.

Da der Zedent W. ein Baugeschäft betrieb, bei dem grundsätzlich das verarbeitete Material mit in Rechnung gestellt wird, konnte der Beklagte ohne einen entsprechenden Hinweis des Zedenten W. davon ausgehen, daß das in den Rechnungen aufgeführte Material steuerrechtlich ebenfalls als Einnahme zu berücksichtigen war. Aus diesem Grunde war der Beklagte **auch nicht verpflichtet, von sich aus beim Zedenten nachzufragen, ob von den in den Rechnungen aufgeführten Materialien einiges Material nicht als Einkommen behandelt werden durfte.**

Nach alledem fehlt es an einer schlüssigen Darlegung, daß der Beklagte schuldhaft seine Pflicht aus dem Steuerberatervertrag mit dem Zedenten W. verletzt hat.

.....

Eines richterlichen Hinweises gemäß §139 ZPO auf die mangelnde Substantiierung und Schlüssigkeit des Klägervortrages bedurfte es nicht, da bereits der Beklagte in seiner Klageerwidderung v. 7.10.1987 hierauf hingewiesen hat. Darauf hätte der anwaltlich vertretene Kläger reagieren können und müssen (vgl. BGH WM 1984, 111, 112).

Die im nicht nachgelassenen Schriftsatz des Klägers v. 5.2.1987 gemachten Ausführungen geben keinen Anlaß, die mündliche Verhandlung wiederzueröffnen.

Anmerkung:

Das Urteil des LG Wuppertal befindet sich auf der Linie der BGH-Rechtsprechung (BGH GI 1986, 27 = DStR 1986, 200 m. Anm. Messmer = NJW 1986, 1162).

Bei **nicht system-bedingten Fehlern**, z. B. bei angeblichen Doppelbuchungen, bleibt es bei der strengen Darlegungs- und Beweislast des Mandanten (OLG Köln, GI 1988, 128).

Bei **verspäteter Beendigung der Buchführungsarbeiten** trägt der Steuerberater die Darlegungs- und Beweislast für die Behauptung, die Verspätung sei nicht von ihm zu vertreten (BGH, GI 1986, 73 = WM 1986, 677; BGH, GI 15/82 = ZIP 1982, 1214 m. Anm. Haug).

GI Leitsätze

Honoraranspruch bei Anschlußkonkurs

1. Ein Steuerberater, der die Anmeldung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens vorbereitet und seine Tätigkeit vor der Verfahrenseröffnung beendet hat, ist Vergleichsgläubiger. Sein Vergütungsanspruch gehört in einem Anschlußkonkursverfahren weder zu den Massekosten noch zu den bevorrechtigten Konkursforderungen.
2. Hat der Vergleichsverwalter dem Vergleichsberater die angemessene Vergütung ausbezahlt, so kann diese Zahlung im nachfolgenden Anschlußkonkurs in der Regel weder angefochten noch wegen ungerechtfertigter Bereicherung zurückverlangt werden.

(BGH Urf. v. 28.1.1988 – IX ZR 102/87, WM 1988, 472)

Honorarvorschüsse, Rückzahlung

Hat ein Steuerberater Vorschüsse und nicht die Bezahlung bereits erbrachter Teilarbeiten erhalten, so richtet sich die Rückzahlung solcher Vorschüsse nicht nach § 812 BGB; vielmehr ist § 667 BGB entsprechend anwendbar, wenn es sich um eine Geschäftsbesorgung handelt.

Hat der Steuerberater die erhaltenen Vorschüsse nicht verdient, ist er insoweit zu ihrer Rückzahlung verpflichtet.

(BGH Urf. v. 3.2.1988 – IVa ZR 196/86, StB 1988, 312)

Honorarrechnung des Steuerberaters, ordnungsmäßige Unterschrift, § 9 StBerGebV

1. Der Steuerberater kann sein Honorar nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten Honorarrechnung fordern.
2. Eine Unterschrift im Sinne § 9 Abs. 1 StBerGebV setzt das Vorliegen eines die Identität des Unterzeichnenden individuellen Schriftzuges voraus. Die Unterschrift muß nicht lesbar sein. Einzelne Buchstaben sollen erkennbar sein (s. a. BGH NJW 1959, 734, LM § 170 ZPO Nr. 8, BAG NJW 1982, 1016, offenlassend BGH NJW 1987, 1334). (OLG Frankfurt Ur. v. 2. 2. 1988 – 14 U 132/86, NJW 1988, 2807)

Beweislast bei Honoraranspruch

Verlangt der Steuerberater von seinem Mandanten die übliche Vergütung nach der StBerGebV, so ist er zunächst dafür beweispflichtig, daß die von seinem Mandanten behauptete niedrigere Vergütung nicht vereinbart worden ist. An seine negative Beweisführung sind indes keine strengen Anforderungen zu stellen. Er braucht nur eine ausreichend dargelegte entgegenstehende Behauptung zu widerlegen. (LG Aachen Ur. v. 2. 9. 1987 – 4 O 167/87, StB 1988, 389)

Steuerberatungsgesellschaft Streitwert Anerkennungsverfahren

In Rechtsstreitigkeiten wegen Anerkennung einer Steuerberatungsgesellschaft ist der Streitwert mit DM 50.000,- zu bemessen. (BFH Beschl. v. 4. 6. 1986 – VII E 1/86, BFH NV 1988, 47)

GI Hinweis

Eine Neuerscheinung, die verdeckte Gewinnausschüttungen vermeiden hilft:

In 5. Auflage wird das Buch von Spitaler/Niemann „Die Angemessenheit der Bezüge geschäftsführender Gesellschafter einer GmbH“ vorgelegt. Das Buch befaßt sich mit der handels- und arbeitsrechtlichen Stellung des Gesellschafter-Geschäftsführers und schlüsselt mit akribischer Genauigkeit Beurteilungskriterien für die Angemessenheit der Bezüge auf. Bei Auseinandersetzungen mit der Finanzverwaltung finden sich hier vielfältige Hinweise zur Verteidigung. Ein gesondertes Kapitel ist der Alters- und Hinterbliebenenversorgung des geschäftsführenden Gesellschafters gewidmet. In die Neuauflage wurde die zahlreiche Rechtsprechung und Literatur umfassend eingearbeitet. Das Buch hilft einem Berater, Haftungsrisiken wegen verdeckter Gewinnausschüttungen an Gesellschafter-Geschäftsführern zu vermeiden.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 2, 1989)

Abfindungsvergleich		= keine Belehrungspflicht	
– Anwaltskosten	89, 2	Kenntnis d. Fehlers	89, 5
Bekanntgabe d. Steuerbescheides		Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5
– an Mandanten oder StB	89, 22	= Beweislast für –	89, 28
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		– Verjährungsbeginn	
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89, 12	= Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14
= eigene Sachkunde, Zahnarzt		= Betriebsprüfung	
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89, 25	allgemein	89, 14
Berichtigung (§173 I, 2 AO)		= Kapitalanlage	89, 5
– grobes Verschulden		= Verlust der 7b-AfA	
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse		= Zahlung d. Steuer	89, 14
d. Mitarbeiters	88, 22	Verjährung, Schadenersatzanspruch	
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO		(§ 51a WPO)	
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2	– Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“	89, 28
Beweislast, s. auch Darlegungslast		Versicherungsschutz	
– Belehrungspflicht	89, 28	– Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2
– Buchungsfehler	89, 30	Wirtschaftsprüfer	
Bilanzerstellung		– Befangenheit, § 319 HGB	88, 22
– Grundstücksbewertung, Information		Zustellung	
d. Mandanten	89, 2	– an StB oder Mandanten	88, 22
Darlegungslast f. Regreßanspruch,		BGH v. 28.1.1988 – IX ZR 102/87	89, 33
s. auch Beweislast		= WM 1988, 472	
– Buchungsfehler	89, 30	BGH v. 3.2.1988 – IVa ZR 196/86	89, 34
Dritthaftung		BGH v. 11.7.1988 – II ZR 232/87	89, 3
– Anwaltsvertrag	89, 3	= BB 1988, 1992	
– Sachwalterhaftung	89, 3	<hr/>	
Honoraranspruch		BayOLG Beschl. v. 17.9.1987	
– bei Anschlußkonkurs	89, 33	– BReg. 3 Z 76/87	89, 22
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89, 34	= AG 1988, 18	
– Gegenstandswert		OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86	89, 34
= Anerkennungsverfahren f.		= NJW 1988, 2807	
StB-Gesellschaft	89, 34	OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89, 34	OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23
– ordnungsgemäße Honorarrechnung,		<hr/>	
Unterschrift	89, 34	LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87	89, 34
Prospekthaftung		= StB 1988, 389	
– Verjährungsbeginn	89, 2	LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2
Sachwalterhaftung	89, 3	LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25
Schaden		LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2
– Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2	LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14
– Geldbuße/-strafe	89, 17	LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88	89, 2
Steuerberatungsgesetz		LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30
– § 57		LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2
= Wirtschaftsberatung,		LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2
Anlagenempfehlung	89, 6	LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35
Steuerberatungsvertrag		<hr/>	
– Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?	89, 25	AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17
Steuergestaltungsberatung		<hr/>	
– wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23	BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83	89, 22
– Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 23	= STEUER-TELEX 0824	
– unentgeltliches Wohnrecht	89, 23	= LEXinform 0081194	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)		BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	89, 22
– Belehrungspflicht über eigene Fehler		= BStBl 88 II, 109	
und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch)		BFH v. 4.6.1986 – VII E 1/86	89, 34
		= BFH NV 1988, 47	
		<hr/>	
		Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988	89, 22
		– S 0202-4-VC	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.